



02. Dezember 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Kosten für Strom und Heizung werden begrenzt**
- **Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt Aufwind für die flächendeckende Versorgung**
- **Expertenanhörung im Bundestag**
- **Was passiert mit dem Geld?**
- **Nordhessen in Berlin: „Schön, dass Sie und Ihr wieder hier wart!“**
- **Bilder der Woche**

Kosten für Strom und Heizung werden begrenzt

Energie muss bezahlbar bleiben, damit alle gut durch den Winter kommen. Dafür haben wir einen starken Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gespannt – zusätzlich zu den Entlastungspaketen mit einem Umfang von fast 100 Milliarden Euro. Auf dieser Grundlage haben wir diese Woche Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingezogen.

In dieser Woche haben wir im Bundestag die Gesetzentwürfe zu diesen Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, die wir zum 1. März 2023 einführen werden – und zwar rückwirkend zum 1. Januar, beraten. Konkret begrenzen wir den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde (Fernwärme 9,5 Cent pro Kilowattstunde). Den Strompreis deckeln wir für ein Grundkontingent von 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde. Für Industriekunden sind besondere Regeln geplant.

Die Preisbremsen werden so gestaltet, dass sich Energiesparen lohnt. Wichtig ist uns zudem, dass auch Hilfen für Härtefälle eingeführt werden. Krankenhäuser, Unikliniken, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister werden wir besonders unterstützen. Und wir setzen uns für eine gerechte und zielgerichtete Lösung für diejenigen ein, die mit anderen Brennstoffen heizen, z. B. mit Öl oder Holzpellets, und besonders belastet sind. Wir halten unser Versprechen: Niemand wird allein gelassen. Außerdem sorgen wir dafür, dass die Preisbremsen gerecht finanziert werden. Konzerne, die hauptsächlich im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätig sind, sollen in diesem und im kommenden Jahr ihre Übergewinne versteuern. Zudem werden wir Zufallsgewinne von stromerzeugenden Unternehmen abschöpfen.

Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt Aufwind für die flächendeckende Versorgung

Diesen Freitag hat der Deutsche Bundestag das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfLEG) beschlossen. Eine der zentralen Neuregelungen: Geburtshilfen erhalten 2023 und 2024 zusätzliche Mittel.



Allein die hessischen Geburtshilfen werden so mit 9 Millionen Euro jährlich zusätzlich unterstützt. Über die genaue Verteilung der Mittel entscheiden die Länder selbst. "Damit können nicht mehr nur die Sicherstellungskrankenhäuser, sondern auch kleinere bedarfsnotwendige Geburtshilfen, die bislang durch das Raster fielen, wie jene vom Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar, endlich auskömmlich finanziert werden", freut sich Edgar Franke, Abgeordneter aus dem Schwalm-Eder-Kreis und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister.

Franke war maßgeblich am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Mit dem Gesamtergebnis zeigt er sich zufrieden. „Das Gesetz hält mehr als der Name verspricht. Denn es wird nicht nur die Pflegekräfte in unseren Kliniken entlasten, indem ein neues Personalbemessungsinstrument eingeführt wird. Vielmehr wird es auch die Versorgung in ländlichen Regionen verbessern“, betont Franke.

Zuständig für die Krankenhausplanung und die Sicherstellung einer flächendeckenden Kliniklandschaft sind in erster Linie die Länder. Dennoch sei es richtig, dass der Bund die Krankenhäuser unterstützt. „Wir stellen nicht nur rund 8 Milliarden Euro für die Bewältigung der aktuellen Energie- und Inflationskrise bereit. Mit dem KHPfIEG unterstützen wir als Bund die Geburtshilfen und Pädiatrien mit dreistelligen Millionenbeträgen. Beide Bereiche stärken wir dadurch nachhaltig“, so Franke.

2023 und 2024 sollen Geburtshilfen mit 108 Millionen Euro und Pädiatrien mit 270 Millionen Euro jährlich zusätzlich erhalten. „Ein großer Teil dieses Geldes wird in bedarfsnotwendige Häuser fließen, die aktuell rote Zahlen schreiben.

Davon werden auch die ländlichen Krankenhäuser in meinem Wahlkreis, wie das Hospital zum Heiligen Geist Fritzlar, profitieren.

Das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt also Aufwind für die flächendeckende Versorgung – es ist eine erste wichtige Krankenhausreform, die die Ampel-Koalition auf den Weg bringt“, betont der Abgeordnete aus Schwalm-Eder. Damit das Gesetz wirksam wird, muss noch der Bundesrat am 16. Dezember zustimmen.

Expertenanhörung im Bundestag

In dieser Woche fand am Montag eine Anhörung von Expertinnen und Experten zum Thema der Sterbebegleitung und Suizidprävention im Deutschen Bundestag statt. Der Rechtsausschuss lud hierzu verschiedenste Fachleute aus den Fachbereichen Recht und



Medizin ein, um ihre Sicht auf eine Regelung zur Sterbebegleitung und Suizidprävention darzulegen und die vorliegenden Gesetzesentwürfe kontrovers zu diskutieren.

Eine Regelung ist aufgrund der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts notwendig, dass das individuelle Persönlichkeitsrecht eines jeden Einzelnen das Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben mit umfasst. Es ist jetzt die Aufgabe des Parlaments neue und verfassungskonforme Regelungen zu schaffen.

„Ich halte es für wichtig eine neue und verfassungskonforme Regelung zur Sterbebegleitung und Suizidprävention zu schaffen“, so Esther Dilcher. „Nur so können wir am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens guten Gewissens eine sachlich fundierte Entscheidung zum Wohle der Gesellschaft treffen, um die Rechte von Betroffenen auf ein selbstbestimmtes Sterben zu gewährleisten und gleichzeitig Rechtssicherheit für eine Suizidassistenz zu schaffen. Besonders wichtig ist mir aber, dass zunächst auch eine wirksame Suizidprävention unterstützt wird, um Suizidwilligen auch Alternativen in der palliativen Sterbebegleitung aufzuzeigen“, so die Abgeordnete weiter.

Was passiert mit dem Geld?

Die Haushaltsberatungen und Abstimmungen für den Bundeshaushalt 2023 sind abgeschlossen. Wieder einmal ist nach langem Ringen und Abwägen ein zukunftssträchtiger Haushalt – im Zeichen des Zusammenhaltes in der Zeitenwende von verhandelt worden. Doch was passiert eigentlich im Anschluss?

„Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“, so sagt man in Berlin. Ist der neue Bundeshaushalt beschlossen, folgt der sogenannte Haushaltsvollzug. Die Haushälter behalten sorgsam im Blick, ob von der Regierung konsequente Förderreichtlinien oder Konzepte vorgelegt werden. Das Geld soll auch dort ankommen, wie es das Parlament vorgegeben hat. In der Woche nach der Verabschiedung des Haushaltes hatte die Abgeordnete Esther Dilcher gleich mehrere wichtige Termine.



Am Montag lud Bundeskanzler Olaf Scholz die Haushälter der Regierungskoalition zum Kanzler-Dinner ein, um den Bundestagsabgeordneten für die Verhandlungen im Namen der

Regierung zu danken. Am Dienstag traf sich dann der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich mit der SPD Arbeitsgemeinschaft Haushalt.

„Als Haushälterinnen und Haushältern ist uns wichtig, dass mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger sorgsam umgegangen wird“, so die Abgeordnete Esther Dilcher. „Wir verteilen die Steuergelder unserer Mitbürger:innen! Wir tragen damit die Verantwortung, dass sie ankommen. Diese Aufgabe nehme ich sehr ernst.“

Nordhessen in Berlin: „Schön, dass Sie und Ihr wieder hier wart!“

In dieser Woche freute sich die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher wieder über zahlreiche Gäste aus ihrem Wahlkreis. Drei Tage lang hieß es nun: Berlin entdecken.

Das Bundespresseamt bietet allen Abgeordneten mehrere Male pro Jahr an, dass Gäste aus ihrem Wahlkreis nach Berlin zu Besuch kommen. In dieser Woche startete wieder eine Reisegruppe, um Esther Dilcher in Berlin zu besuchen. Nach anfänglichen Verbindungsproblemen mit der Deutschen Bahn (fünf Teilnehmende der Reisegruppe hatten in Fulda versehentlich den falschen Zug bestiegen) landeten schließlich alle sicher am Berliner Hauptbahnhof.

Hier wurden sie von Esther Dilcher persönlich abgeholt und zum Rest der Gruppe begleitet. Verpasst wurden glücklicherweise nur das Mittagessen und der Besuch des Bundespresseamtes. „Ich bin stolz auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass alle Besucherinnen und Besucher sicher angekommen sind. Es ist jedes Mal eine Herausforderung für sie, alle Schäfchen zusammen zu halten“, so die Abgeordnete.



Bild: Die Besuchergruppe in der Reichstagskuppel.

Spannende Stationen der BPA-Fahrt waren ein Besuch im Berliner Dom im Bundespräsidialamt, der Gedenkstätte Berliner Mauer und selbstverständlich am Folgetag der Besuch des Deutschen Bundestages mit einer Plenarsitzung und dem persönlichen Gespräch mit der Esther Dilcher. Nach drei schönen und mit allerlei Erlebnissen und gutem Essen gefüllten Tagen hieß es dann Abschied nehmen und der Reisegruppe eine gute Rückreise zu wünschen.

„Ich freue mich immer über Besuch aus meinem Wahlkreis“, so die Abgeordnete



Dilcher. „So kann ich im direkten Austausch zeigen, wie eine Sitzungswoche in Berlin wirklich aussieht. Ein kleines Stück Heimat, das zu Besuch kommt“.

Ein ganz besonderer Gast war für die Abgeordnete der Bürgermeisterkandidat der Stadt Wolfhagen, Jens Vial (Bild links neben Esther Dilcher), der die Reisegruppe begleitete.

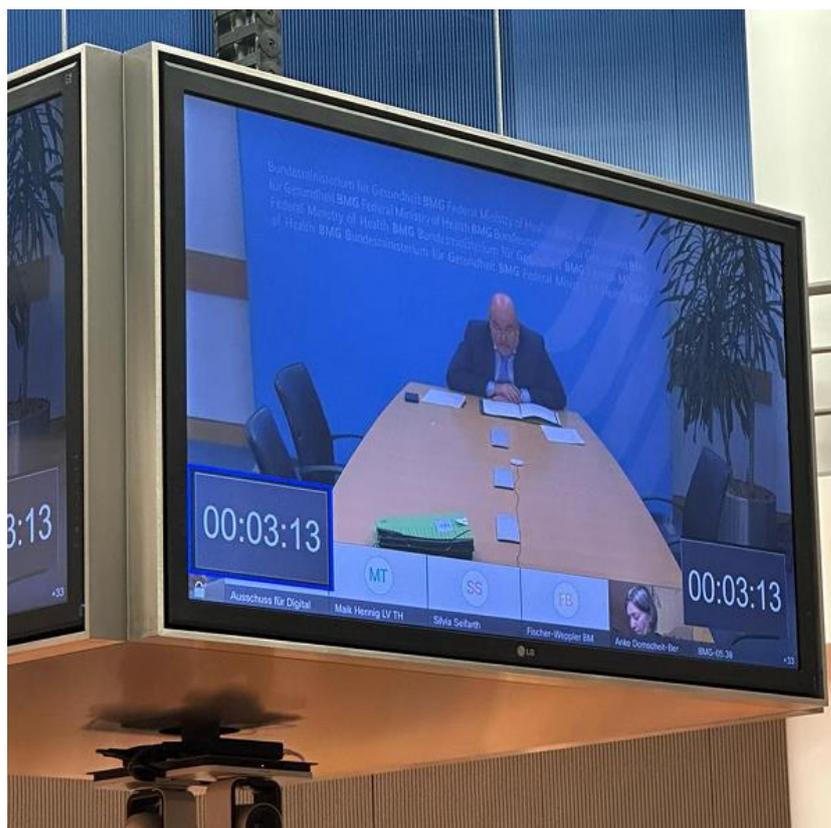
„Der Austausch mit Mandatsträger:innen ist für mich von besonderer Bedeutung, um unsere Stadt nach vorne zu bringen. Deshalb danke ich Esther Dilcher ausdrücklich für die Einladung nach Berlin!“, so der Kommunalpolitiker nach dem gemeinsamen Gespräch.

Falls auch bei Ihnen das Interesse an einer Teilnahme an einer BPA-Fahrt nach Berlin geweckt wurde, möchten wir Sie bitten den Newsletter weiter zu verfolgen. Pro Jahr werden mindestens drei Fahrten durchgeführt. Sobald eine Anmeldung möglich ist, machen wir dies auch hier bekannt.

Bilder der Woche

In den Sitzungswochen vertritt Edgar Franke die Regierung immer wieder in den verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Diese Woche war er online im **Digitalausschuss** zugeschaltet und stand Rede und Antwort zur Digitalisierung der Arztpraxen, insbesondere zum geplanten Konnektorenaustausch.



Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Daniela Sommer** wurde mit überwältigender Mehrheit der Wahlkreisdelegiertenkonferenz zur anstehenden Landtagswahl in Hessen 2023 zur SPD-Kandidatin im Landtagswahlkreis 6 nominiert und gewählt.

Im Bild mit Edgar Franke und Reinhard Kahl, dem früheren Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und somit einer der Vorgänger Sommers.



Verabschiedung des Krankenhaus-
pflegeentlastungsgesetzes im Deutschen
Bundestag. Links: Auf der Regierungsbank
mit **Dr. Bettina Hoffmann**.

Unten: Mit **Bundesgesundheitsminister
Karl Lauterbach** nach der erfolgreichen
Verabschiedung.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.
Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu
geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet
Euch einfach.

Bilder: Seiten 1 Edgar Franke, Seite 3 Tino Basoukos, Seite 4 Image by  Use at
your Ease  from Pixabay, Seite 5, 6 und 7 Esther Dilcher, Seiten 8 und 9 Edgar
Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.